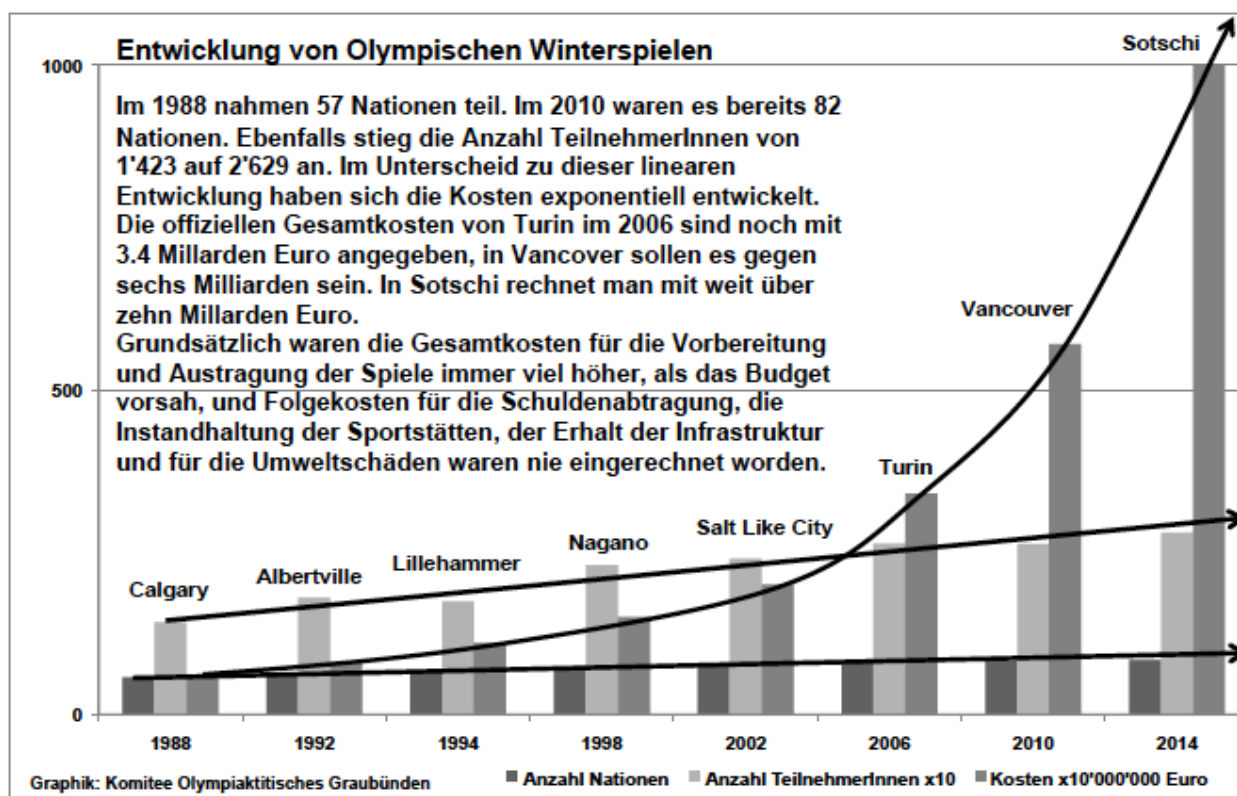


Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Die Kosten wachsen gigantisch

Die Initianten der Olympischen Winterspiele versprechen völlig neue Winterspiele: nachhaltige Spiele ohne Gigantismus. Die Spiele sollten wieder zurück in die Alpen, neue Infrastrukturen sollen nicht entstehen. Alles was nicht wieder verwendbar ist, soll nur als Provisorium aufgestellt werden. Der Bundesrat betont, die Infrastrukturen müssten sich an die Gegebenheiten in den Alpen richten. Das wäre wirklich eine radikale Umkehr bei den Olympischen Winterspielen, die in den letzten Jahrzehnten von Mal zu Mal gewachsen sind. Nur, wer ist schon an kleineren, also nicht gigantischen Spielen interessiert, wo doch soviel Geld bei Olympischen Spielen zu verdienen ist. Kleinere Spiele kann es ausserdem gar nicht geben, denn die Anzahl Disziplinen ist vorgegeben, die Anzahl Sportler, Medienleute, Sponsoren und Gäste ist in den letzten Jahren stets gewachsen (siehe Graphik). Der heutige riesige Begleittross mit mehr als 10'000 Medienschaaffenden und 20'000 Volontaris sowie die IOC-Mitglieder und dessen grosses Umfeld nahm drastisch zu und kann nicht mehr beziffert werden. Wie soll die kleine Schweiz hier eine Umkehr schaffen, die das mächtige IOC auch akzeptiert?



Graphik: Stefan Grass © Komitee Olympiakritisches Graubünden

Die Umwelt wird immer gravierend belastet

Die Alpen als eine der sensiblen Ökoregionen weltweit werden schon heute extrem übernutzt: Infrastrukturen für den Verkehr, die Zweitwohnungen und touristische Anlagen müssen heute dringend in nachhaltige Bahnen gelenkt werden. Olympische Winterspiele, eine Grossveranstaltung, die auf wenige Tage ausgerichtet ist, wird das Gegenteil auslösen. Spekulation wird zunehmen, die Forderungen nach einem weiteren Ausbau der touristischen Infrastruktur ebenfalls. Die Spiele konzentrieren sich auf die Region St. Moritz und Davos, also auch auf ein BLN-Gebiet, Smaragd-Gebiet, Moore von nationaler Bedeutung. Bei einem internationalen Anlass unterstehen national geschützte Landschaften und Biotope der Interessensabwägung, was bereits bei der Ski-WM an die Grenzen gestossen ist.

Argumentarium gegen Olympischen Winterspiele «Graubünden 2022»

Das IOC will weisse Spiele

Was heisst denn «weisse» Spiele? Schneesicher sind auch die Alpen längstens nicht. Neben den Kunstschneepisten lässt sich die Landschaft für winterliche TV-Bilder nicht auch noch künstlich beschneien. Auch die Langlaufpisten im Engadin sind schon als weisse Streifen in der Landschaft mit herbeitransportiertem Schnee schneesicher gemacht worden. Für Olympische Winterspielen bedeutet das: Schneekanonen für die Skipisten und Langlaufloipen, Kilometerlange Leitungen ziehen, Wasser aus den Flüssen holen und grosse Speicherseen bauen. Weisse Spiele sind keine grünen Spiele. Die für Winterspiele benötigten Infrastrukturen, wie das olympische Dorf, Verkehrsanlagen, Stadien, Pisten, Loipen, Sprungschanzen und vieles mehr müssten völlig neu gebaut werden. Weder die Ski-WM-Pisten noch die Bobbahn in St. Moritz genügen den Auflagen des IOC (siehe Vancouver 2010, S.5). Dazu kommen grosse Belastungen durch Lärm, Luftverschmutzung, Staus und überfüllte Züge. Die Eingriffe in die hochsensible alpine Landschaft Graubündens wären enorm, auch wenn Olympia-Promotoren jedesmal versprechen, dass in erster Linie bestehende Infrastrukturen und Sportanlagen genutzt werden.

Kein verbindliches Kandidaturdossier für «Graubünden 2022»

Am 3.3.2013 liegt dem Bündner Volk nur eine Machbarkeitsstudie vor. Diese Grobplanung wird mit den Ausrichterorten und den Bündner Behörden sowie verschiedenen Fachbüros abgeklärt. Vermutlich wird es zeitlich nicht reichen, die geplanten Bauten im Richtplan behördenverbindlich festzuhalten. Es ist davon auszugehen, dass erst im anschliessenden Vorprojekt diese Grobplanung in den Details weiterverfolgt wird. Diese rollende Planung bis zum Kandidaturdossier, dem sog. Bid Book, das gegenüber dem IOC verbindlich sein wird, ist umgekehrt für das IOC für die Host City-Verträge nicht verbindlich.

Die im Rahmen der Schweizerischen Umweltschutzgesetze erforderlichen Baubewilligungsverfahren – nach dem Abschliessen der Verträge mit dem IOC und der Übernahme dessen Reglemente (siehe IOC, S. 4) – werden ab 2015 zur Realisierung der Olympischen Winterspiele bis 2022 langwierige und schwierige, auch gerichtliche Auseinandersetzungen zur Folge haben.

Die zugesicherten Defizitgarantie des Bundesrates von maximal einer Milliarde Franken und die 300 Millionen Franken für Sicherheit und Infrastrukturbeteiligung des Kantons Graubünden aus dessen Vermögen, *ausdrücklich nicht als Defizitgarantie*, wird das effektive Defizit der öffentlichen Hand nach den Winterspielen nie abdecken.

Der Ausstieg vom Einstieg

Einhellig sagen Bundesrat, Bündner Regierung und Olympiapromotoren, wenn in Davos oder in St. Moritz oder im Kanton Graubünden die Mehrheit der Stimmbevölkerung die Spiele ablehnt, wird der Stecker gezogen! Das ist das beste Szenario mit dem definitiv kleinsten Schaden.

Regierungsrat Hansjörg Trachsel in der Südostschweiz am 11.10.2012:

«Auch wenn der Kanton Graubünden beziehungsweise St. Moritz und Davos eine Olympiade theoretisch ohne vorherige Volksabstimmung durchführen könnten, ist das politisch undenkbar. Ohne die Zustimmung der Host City können Sie keine Olympischen Spiele durchführen! Dann müssten wir unsere Aktivitäten sofort stoppen.»

Mit welchen finanziellen Konsequenzen?

«Dann hätten die bisher im Verein Winterspiele Graubünden zusammengeschlossenen Partner total fünf Millionen Franken ausgegeben. Von diesen fünf Millionen Franken müssten der Kanton Graubünden sowie St. Moritz und Davos einen Drittel übernehmen, genauso wie der Bund und Swiss Olympics.»